

Rente mit 67?

Seit Jahren bemühen sich Politiker die „Rente mit 67“ zu begründen und zwar mit dem Blick in die magere Rentenkasse. Dabei sehen sie nur die Ausgaben. Wenn eine Bilanz aber nicht aufgeht, so sollten doch beide Seiten, also auch die Einnahmen betrachtet werden. Dazu ein kleiner Exkurs in unsere Volkswirtschaft. Der Wert der erzeugten Waren und Leistungen (Bruttoinlandsprodukt, BIP) ist von Jahr zu Jahr gestiegen und wird es weiter tun, aber auch die Produktivität wächst und zwar schneller als das BIP. So wird immer weniger Arbeitszeit erforderlich: waren 1991 für 1000 € BIP noch 33 Stunden notwendig, so 2009 nur noch 20 Stunden. Aber nicht nur relativ, sondern auch absolut sinkt der Arbeitseinsatz: Für das BIP des Jahres 2009 wurden 10% weniger Arbeitsstunden als für das des Jahres 1991 benötigt. Hier liegt eine Ursache für das gegenwärtige Problem der Rentenkasse: Die Anzahl der Arbeitnehmer sinkt bzw. die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wenn dann noch die Zahl der Rentner steigt, entstehen Finanzierungsprobleme. Die Erwirtschaftung des steigenden Rentenvolumens verteilt sich somit auf immer weniger Arbeitnehmer. Die Politiker sehen bekanntlich hier nur eine Lösung: die Rentenausgaben zu begrenzen indem sie das Renteneintrittsalter erhöhen. Abgesehen davon, dass die Volkswirtschaft ein grösseres Angebot an Arbeit nicht braucht – das BIP hat bisher immer ausgereicht – , ist das keine Lösung für die Zukunft, denn mit weiter steigender Produktivität wird immer weniger Arbeit benötigt. Nach dem Willen der Politiker wäre somit in etwa 10 Jahren eine absurde Diskussion der Rente erst ab 70 oder 75 Jahren zu führen. Das Problem der strapazierten Rentenkasse lässt sich nur über die Einnahmenseite lösen, allerdings nicht durch einen weiteren Griff in die Tasche der Arbeitnehmer. Die jetzige Bindung der Rentenbeiträge ausschliesslich an den Lohn, also an die Arbeit, ist heute wegen der hohen Produktivität und des damit sinkenden Anteils der Arbeit am Erzeugnis gesellschaftlich nicht mehr gerechtfertigt. Die jetzige Speisung des Rentenfonds gestattet dem Arbeitnehmer nach einem arbeitsreichen Leben keinen finan-

ziell gesicherten Ruhestand. Es muss eine andere Speisung des Rentenfonds - und darüber hinaus natürlich aller Sozialabgaben - gefunden werden. Da es die Arbeit, bzw. stellvertretend der Lohn, allein nicht mehr sein kann, ist es an der Zeit, die bisherige Aufteilung zwischen Arbeit und Kapital bei der Erwirtschaftung der Sozialabgaben neu zu justieren. Die gegenwärtige Regelung höhlt das Solidarprinzip der Sozialbeitragszahlung aus. Während der Arbeitnehmer seinen Beitrag auf die im Arbeitsprozess eingebrachte Arbeit entsprechend seines Lohnes zahlt, verringert der Arbeitgeber mit Hilfe der Steigerung der Produktivität die in der jeweiligen Ware vergegenständlichte Arbeit und damit seine Sozialabgaben. Die Steigerung der Produktivität ist jedoch eine ökonomisch notwendiger Handlung, allerdings und hier liegt das heutige Problem, hat die Produktivität ein solches Niveau erreicht, dass nicht mehr alle Erwerbstätigen in der Wirtschaft gebraucht werden. Trotzdem sind Sozialleistungen für alle erforderlich und auch von der Volkswirtschaft finanzierbar. Wenn aber der Lohn als Bezugsbasis nicht mehr verwendbar ist, dürfen die vom Arbeitgeber zu leistenden Sozialabgaben nicht mehr lohndefiniert sein. Will man dennoch die Orientierung für Sozialabgaben an der Inanspruchnahme von Arbeitsleistung beibehalten, das wäre ökonomisch gerechtfertigt, so könnte das vom Arbeitnehmer geschaffenen Produkt die Bemessungsgrundlage sein. Der Arbeitgeber würde dann den Rentenbeitrag für seine Arbeitnehmer als Abgabe auf dem Umsatz zu leisten. Für Arbeitnehmer bliebe die lohnbezogene Regelung bestehen. Die seit Jahren praktizierte einseitige Belastung der Arbeitnehmer mit den steigenden Sozialausgaben kann damit beendet werden. Von 1991 stiegen für die Arbeitnehmer die Sozialausgaben um 79% für die Arbeitgeber waren es nur 51%! Von einer unverhältnismässigen Belastung der Arbeitgeber durch die hier vorgeschlagene Regelung kann keine Rede sein, wenn man sich die Entwicklung von Unternehmensgewinnen und Löhnen der Arbeitnehmer ansieht. Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen von 1991 zu 2009 um 71%, die Brutto-Löhne legten nur um 43% zu. Die Gewinne der Unternehmen sind vorwiegend nicht investiert

worden – selbst in den guten Jahren 2006 und 2007 haben die Unternehmen weniger investiert als zu Beginn der 90er Jahre. Zu viel Gewinn floss so in die Finanzmärkte. Das Ergebnis ist seit der Lehman Brothers-Pleite bekannt.

Klaus Schmidt
November 2010